

Nationale Front
des Demokratischen Deutschland
Stadtbezirk Prenzlauer Berg
Stadtteil 64
Berlin N 113
Schivelbeiner Str. 46

Berlin, den 5. Jan. 1954

An den
Herrn Generalstaatsanwalt
der Deutschen Demokratischen Republik

Pf./

B e r l i n N 4
Scharnhorst Str. 34

Tgb. Nr. IIc 4/52

Betr.: Schadenersatzantrag des Herrn Ludwig Pfeiffer,
Berlin N113, Bornholmer Str. 75

In obiger Angelegenheit hat der Vorstand der NF des Stadtteils 64 wiederholt die Generalstaatsanwaltschaft von Groß-Berlin angesprochen und nicht eine solche Antwort bekommen, die uns den Vorgang als abgeschlossen betrachten läßt.

Aus diesem Grunde sprechen wir als letzte Instanz den Herrn Generalstaatsanwalt der Deutschen Demokr. Republik an und hoffen von hier eine klare-endgültige Antwort zu bekommen.

Herr Ludwig Pfeiffer war im Jahre 1951 wegen vermutlichen Vergehen gegen die Wirtschaftsstrafverordnung festgesetzt worden und befand sich bis zum 12.10.52 also zehn Monate in Untersuchungshaft.

Laut Urteil vom 30.9.52 der Großen Strafkammer 2c des Landgerichts Berlin G2 wurde Herr Pfeiffer freigesprochen.

Uns lag die Anklageschrift und außerdem das Urteil der Großen Strafkammer vor.

Nach Angabe des Herrn Pfeiffer wurde während der Urteilsverkündung von Herrn Landgerichtsdirektor Karstädt darauf hingewiesen, daß Herr Pfeiffer mit der Anklage nicht im Zusammenhang stehe. Demnach hat Pf. nur in dem Prozeß die Rolle eines Zeugen gespielt. Der Antragsteller ist der Meinung unschuldig zehn Monate inhaftiert gewesen zu sein und stellt dem zur Folge einen Schadenersatzantrag.

Mit Schreiben vom 20.8.53 wendet sich diesbezüglich der Antragsteller an die Generalstaatsanwaltschaft von Groß Berlin, und bekommt am 25.9.53 von Herrn Staatsanwalt V i e r t e l eine Antwort die besagt, aussteht, da eine während der Untersuchungshaft entsprechend den med. Erkenntnissen behandelt worden wäre.

Daraus ergibt sich, daß-wenn Letzteres nicht der Fall gewesen wäre, eine Entschädigung geltend gemacht werden kann.

Herr Staatsanwalt V i e r t e l spricht mit keinem Wort davon, daß die U.Haft begründet war, da Herr Pf. im Sinne der Anklage belastet gewesen sei.

b.w.

Da sich der Antrag des Herrn Pfeiffer nicht nur auf die gesundheitlichen Schäden, sondern besonders auf den Ausfall seines Gehalts während der zehn Monate beruft, hält er nach wie vor seinen Antrag aufrecht. In diesem Sinne gehalten richtete der Vorstand der NF ein Schreiben an die Generalstaatsanwaltschaft von Groß Berlin, daß am 19.10.53 wie folgt beantwortet wurde.

Da für die Schuld dieses Angeklagten erhebliche Zweifel bestanden, da er schon langjährig als Treuhänder für den Magistrat unbescholten tätig war, mußte er wegen Mangel an Beweisen freigesprochen werden. Herr Staatsanwalt B e l l als Schreiber dieses Briefes begründet den Freispruch überhaupt damit, daß der Antragsteller langjährig Treuhänder und unbescholten war.

Gleichzeitig wurde der Entschädigungsantrag damit als nicht gerechtfertigt bezeichnet.

Da uns diese Begründung nach dem Geschilderten nicht genügte, richteten wir am 7.11.53 abermals ein Schreiben an Staatsanwalt B e l l, und baten zuletzt darum, daß Herrn Pfeiffer eine persönliche Rücksprache mit Herrn Staatsanwalt ermöglicht werden möge.

Die Antwort vom 16.11.53 war die, daß ein Urteilstenor bewußt nicht den Freispruch wegen Mangels an Beweisen zum Ausdruck bringt, weil das falsche Vorstellungen hervorrufen könnte.

Diese Sachlage wäre Herrn Pfeiffer klar gewesen, sonst hätte er sich wahrscheinlich früher wegen seines Antrages an den Generalstaatsanwalt von Groß-Berlin gewandt.

Diese Antwort und besonders das letzte Argument ist unzulänglich, da nicht einwandfrei und konkret bejaht oder verneint worden ist.

Es kann doch nicht entscheidend sein wann der Schaden ersatzantrag gestellt wird ob früh oder spät, wenn die vorgeschriebene Frist grundsätzlich eingehalten wurde. Der Antragsteller muß doch nicht von seiner Schuld überzeugt sein, weil er den Antrag nicht sofort nach der Haftentlassung gestellt hat.

Das der Antrag unberechtigt ist, muß dem Antragsteller selbst und für jedermann verständlich begründet werden.

Herr Pfeiffer verweist uns nochmals auf den § 1, 4 des Gesetzes vom 14. Juli 1904 des RGBl. I S. 321, und bittet darum, daß diese Angelegenheit der ersten Stelle unterbreitet wird.

Dem mit vorliegendem Schreiben entsprochen zu haben und -einer diesbezüglichen Antwort entgegensehend, verbleiben wir

mit demokratischem Gruß